

Verdrängte Jahrestage

20 Jahre „Club of Rome“ und „Richta-Report“

Michael Müller, geb. 1948 in Bernburg/Saale, Dipl.-Betriebswirt, ist sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus Düsseldorf. Er ist stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion.

Joachim Spangenberg, geb. 1955 in Wuppertal, Dipl.-Biologe, ist wiss. Mitarbeiterin Bonn. Er ist Vorstandsmitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Zwanzig Jahre sind seit dem Höhepunkt des studentischen Protestes in Europa und den USA vergangen: kein Wunder, daß auch in der Bundesrepublik dieses Jahr für die unterschiedlichsten Rückblicke auf 1968 und die Generation der „68er“ herhält. Wie keine andere Zeit der Nachkriegsära war das Jahr 1968 von kulturellen und politischen Brüchen und Aufbrüchen geprägt: von den „Hippies“ ebenso wie von der sexuellen Befreiung; von der Studentenbewegung ebenso wie vom Aufstand gegen den verkrusteten, restaurativen „CDU-Staat“; schließlich von der großen Koalition und den Notstandsgesetzen. Ein neues Lebensgefühl machte sich breit. Reform und Veränderung, Versöhnung und Aufarbeitung wurden zu Leitmotiven für ein neues politisches Bündnis von liberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung. Es setzte reformerische Impulse frei und konnte die Entwicklung der Bundesrepublik zumindest bis Mitte der siebziger Jahre nachhaltig verändern.

Während die spektakuläre innenpolitische Wende jener Jahre heute - je nach weltanschaulicher Ausgangsposition - in unzähligen Varianten beleuchtet und in ihren bis heute fortwirkenden kulturellen Auswirkungen analysiert wird, sind andere, für die weitere Entwicklung vergleichbar wichtige Ereignisse weitgehend in Vergessenheit geraten:

- Vor 20 Jahren gründete sich auf Anregung des italienischen Industriellen Aurelio Peccei der „*Club of Rome*“, ein informeller Zusammenschluß von rund 100 Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft aus 43 Staaten.
- In der Tschechoslowakei wurde unter der Leitung von Radovan Richta und Ota Klein der „*Richta-Report*“ fertiggestellt, den Robert Jungk als eine Art „Kapital“ des 20. Jahrhunderts bewertet.¹

Beide Initiativen hatten die Erforschung von Ursachen und Zusammenhängen sich abzeichnender Menschheitsprobleme zum Ziel, die durch demographische und ökonomische Entwicklungen verursacht werden. Und beide haben die politische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte entscheidend geprägt und derart kontroverse Diskussionen hervorgerufen, wie es wissenschaftlichen Arbeiten sonst nur selten gelingt. Der erste (und bekannteste) Bericht des „Club of Rome“ wurde 1972 unter dem Titel „*Grenzen des Wachstums*“ veröffentlicht.² Die Schlußfolgerungen wurden im Westen gelegentlich als „Verzichtsprophetie“ verungümpft. Der Osten geißelte den Bericht von Dennis Meadows und anderen als Dokument „bürgerlicher Unfähigkeit“. Wie kaum eine andere Institution regte der „Club of Rome“ damit jedoch die ökologische Diskussion und selbstkritische Reflektion über die Folgen menschlichen Handelns an.

Dazu sollte man sich noch einmal die Ausgangslage vor Augen führen: Vor 1969 war nach einer „Spiegel“-Umfrage der Begriff „Umweltschutz“ für rund 95 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung nichtssagend. Umweltpolitik war lediglich ein Thema für wenige Experten, die dennoch zu Beginn der sozial-liberalen Regierungszeit beträchtliche Erfolge verzeichnen konnten – so mit dem ersten Umweltprogramm der Bundesregierung (mit noch heute gültigen Einsichten) aus dem Jahre 1970, mit der Einsetzung des Sachverständigenrates für Umweltfragen 1971 und der Gründung des Umweltbundesamtes 1974. Doch in der Gesellschaft war eine ökologische Problemsicht nicht verankert und ebensowenig in der Politik. Dies zeigte sich spätestens mit den umweltpolitischen Rückschlägen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, insbesondere im Rahmen der Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie und der fatalen, auch gewerkschaftlichen Frontstellung gegen Umweltschützer. Unter dem Druck einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung wurden die umweltpolitischen Ansätze gebremst; die Wachstumsschwäche entzog einer Strategie, die Umweltziele an die Verteilung des wirtschaftlichen Zuwachs koppelte, die Grundlage. Ende der siebziger Jahre scheiterte bei der Erarbeitung des „Aktionsprogramm Umwelt“ ein erneuter Kooperationsversuch zwischen Politik und Wirtschaft am Widerstand der Industrie. Der Umweltschutz wurde in die Rolle eines Sündenbocks für nachlassende Investitionstätigkeit gedrängt. Heute, angesichts eines krampfhaften Zukunftsoptimismus der Neokonservativen, ist für nachdenkliche Zukunftsprognosen in der „offiziellen“ Politik erst Recht kein Platz mehr.

¹ Richta-Report, Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, Prag 1968.

² Meadows, D.L. u.a., Die Grenzen des Wachstums, Bericht an den Club of Rome, Stuttgart 1972.

Seit 1982 bekommt die Debatte über die technisch-wissenschaftliche Revolution, über die Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems und über globale ökologische Fragen in der Sowjetunion einen neuen Schub. Viele Aspekte im „Neuen Denken“ der UdSSR knüpfen, auch wenn dies in Abrede gestellt wird, an die tschechoslowakischen Reformideen von 1968 an. Damals begründete Radovan Richta unter dem Leitmotiv „Chancen der technisch-wissenschaftlichen Revolution“ die Grundlagen für ein „*humanistisches Sozialismus-Modell*“,³ das der „marxistischen Konzeption entspricht“. „Intensives (qualitatives) Wachstum“ und „Lebensqualität“ wurden auch im Westen zu viel zitierten, populär-wissenschaftlichen Begriffen einer Reformdebatte, die durch den „russischen Winter“, der den „Prager Frühling“ niederwalzte, an Eindeutigkeit, Perspektive und Mut verlor. Es folgte die „Phase der Stagnation“, wie sie heute offiziell genannt wird. Spätestens mit „Perestrojka“ und „Glasnost“ bekommen diese Arbeiten neue Bedeutung. Der tschechoslowakische Versuch einer qualitativ neuen Verbindung von Wissenschaft, Technik und Sozialismus durch die Entfaltung der „intensiven“ Faktoren des Wachstums, der Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Plan, der Selbstständigkeit der Unternehmen sowie der „Demokratisierung“ des politischen Systems findet heute bei Wissenschaftlern in der Sowjetunion große Sympathie. Manche von ihnen sind als Berater der neuen Kreml-Führung tätig, und ihre Impulse fließen in Gorbatschows „radikale Reform“ ein.

Es ist gegenwärtig, da die Politik in unserem Land dahindümpelt und auch die Opposition nur mühsam zu reformpolitischen Alternativen fähig scheint, notwendig und sinnvoll, sich der historischen Wurzeln der Debatten um „Lebensqualität“, „Grenzen des Wachstums“ und „Chancen und Risiken der technisch-wissenschaftlichen Revolution“ zu erinnern. Nicht zuletzt die politische Unfähigkeit, veränderte gesellschaftliche Problemstellungen aufzugreifen, die bereits damals einen säkularen Umbruch der Industriegesellschaft andeuteten, hat die politische Linke in die Defensive gebracht und ihr wachstumsorientiertes Fortschrittsmodell diskreditiert. An Aktualität haben die Überlegungen allerdings seitdem nicht verloren, eher noch haben sie - bei aller berechtigten Kritik im Detail - an Bedeutung gewonnen.

Die Grenzen des Wachstums

Wie kaum ein anderes Werk nach 1945 erregten die Thesen zu den „Grenzen des Wachstums“ öffentliches Aufsehen und wurden zur Herausforderung für jene Menschen, die in wohlhabenden und mächtigen Industrieländern leben. Ende der sechziger Jahre zeichneten sich auf dem Höhepunkt einer weltweiten Wachstumsphase (neue und alte) globale Probleme am Horizont ab, deren Wahrnehmung in aller Welt durch den Glauben an die ständige „Vorwärtsbewegung“ der technisch-industriellen Entwicklung und an die Machbarkeit des Fortschritts verdrängt und verdeckt wurden. Statt einer Politik unkritischer Anpassung an Wachstumsziele und einfältiger politischer

³ Skirke, U., Planvoller Fortschritt, Reinbek 1975.

Kompromisse forderte der „Club of Rome“ in dieser Situation einen neuen, globalen Denkansatz.

Die *Grenzen* des Wachstums waren nicht das eigentliche zentrale Thema des Berichts; trotzdem wurde der „Club“ als ein Verein von „Null-Wachstums-Advokaten“ beschimpft. Es ging ihm jedoch vorrangig um eine Problematisierung und kritische Würdigung der bisherigen „Wachstumslogik“. Das Streben nach ständigem Wirtschaftswachstum als Selbstzweck wurde als unzureichend empfunden und als perspektivlos angesehen. Unter dem Motto: „Die Welt steht an einem epochalen Scheideweg: Wohin das Pendel schlägt, liegt bei uns selbst“, formulierte Peccei die Forderung nach einer vorausschauenden Benennung der gesellschaftlichen, ökologischen, kulturellen und politischen Folgen des quantitativen Wachstums.⁴ Der Bericht machte deutlich, daß die der Wirtschaftspolitik der Industriestaaten in Ost und West unterliegende Zielsetzung eines „extensiven“ quantitativen Wachstums langfristig mit einer dauerhaften Überlebensperspektive der Menschen nicht vereinbar ist. Insofern dürfen die Grenzen des Wachstums nicht als Verzichtsappell verstanden werden, sondern als Aufforderung, sich angesichts einer absehbaren globalen „Weltproblematik“ der Bestimmung von *Wachstumsqualität* zuzuwenden. Im Verhältnis zu dieser Zielsetzung wurde der Begriff lange Jahre im Osten wie im Westen gründlich falsch interpretiert.

Die Problematisierung des Wachstums war bis Mitte der siebziger Jahre ein politisches Tabuthema - bestenfalls geeignet für akademische Seminare. Erst die Ölpreiskrisen und die unübersehbaren Zerstörungen in den Öko-Systemen (Rhein, Nordsee, Mittelmeer etc.) leiteten eine Wende ein. Die vielfältigen „Grenzen“ unserer Entwicklung wurden unübersehbar: Meadows zeigte die „äußeren“ Grenzen auf, die in der materiellen Natur selbst begründet sind und sich beispielsweise in den Zerstörungen der Ökologie zeigen. Die Ölpreiskrisen offenbarten die „inneren“ Grenzen in der Form überholter gesellschaftlicher und politisch-ökonomischer Regelmechanismen. Schließlich gibt es noch jene „innersten“ Grenzen, die in den menschlichen Denk- und Verhaltensweisen selbst begründet sind und die seit Ende der siebziger Jahre unter Stichworten wie „Global denken, lokal handeln“ oder neuerdings „neues Denken“ thematisiert werden.⁵

Die Bundesrepublik ist in der Behandlung dieser Globalprobleme bislang lediglich ein Mitläufer und ohne bedeutende eigene programmatische Anstöße. Aber auch sie wurde durch wachsende Umweltvergiftungen und Naturzerstörungen immer stärker zum Handeln gezwungen, jedoch im Grundsatz unverändert reaktiv und nachsorgend. Die Bedeutung des Umweltschutzes ist zwar heute unbestritten, ja es gibt sogar eine fast bedenkliche Inflationierung im allseitigen, aber folgenlosen Gebrauch des Wortes „ökologisch“. Dennoch ist die konkrete Politik nach wie vor in erster Linie Reparaturbetrieb, der im großen, sogar zum Teil wachsenden Abstand den Umweltschäden hinterher-

4 Peccei, A., *The Chasm Ahead*, New York 1969.

5 PesteL E., *Jenseits der Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1988.

zieht. Vorbeugende, gestaltende Umweltpolitik blieb eine weitgehend theoretische Forderung. Dies gilt national wie europäisch und erst recht weltweit.

Richta-Report und humaner Fortschritt

Eine wichtige zweite Säule in der damaligen Wachstumsdebatte war die Erarbeitung qualitativer Kriterien für die Wirtschafts- und Technikentwicklung, wie sie vom „Richta-Report“ erstmals vorgenommen wurde. 46 Wissenschaftler des Richta-Teams versuchten 1966 bis 1968, neue politisch-ökonomische Wege für die CSSR zu konzipieren, um eine grundlegende Neuordnung der inneren Struktur im Sozialismus zu erreichen. Diese Überlegungen grenzten sich von den vorherrschenden Vorstellungen eines sich quasi naturgesetzlich entwickelnden „mechanischen Evolutionismus“ der Technik, ja der gesamten, die Gesellschaft prägenden wissenschaftlich-technischen Entwicklung ab, die auch fatale Parallelen zum positivistischen Optimismus westlicher Technokraten aufweisen.

Die Richta-Gruppe sah die Alternative in einer Wirtschaftsentwicklung, die ihren Schwerpunkt auf die Verbesserung und Modernisierung der existierenden industriellen Produktionsbasis, die Entwicklung der Dienstleistungen und die menschliche Fürsorge verlagert und damit auf eine allmähliche Veränderung in Struktur und Dynamik der Produktivkräfte hin zu einer erhöhten Bedürfnisorientierung in Produktion und Dienstleistungswesen. Dies nannten die Prager Reformer „*integrale Produktivität*“, die als dritte Hauptquelle der wirtschaftlichen Entwicklung (neben Kapital und arbeitsfähiger Bevölkerung) nicht unter rein ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden darf. Damit wird im wesentlichen das bezeichnet, was Karl Marx unter der „Auflösung aller bornierten Voraussetzungen der Produktion“ und der „Herstellung von materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums“ verstanden hatte.⁶

Der Richta-Report verlangte erstmals für ein sozialistisches System ein qualitativ neues Muster in der Gestaltung des „Lebensmilieus“, um den Menschen endlich zum „Beherrscher der Verhältnisse“ zu machen. Die Politik zu „entmonopolisieren“, die „Selbstbestimmung des einzelnen zu erweitern“, die „planmäßige Ausnutzung der Marktwirtschaft“ für eine „indirekte Planwirtschaft“ und eine qualitative „Verbindung von direkter und indirekter Demokratie“ wurden zu den Hauptforderungen eines „*Kommunismus mit menschlichem Antlitz*“.⁷ Die Reformer fühlten sich nicht zuletzt durch die „Tauwetter-Periode“ in der Sowjetunion Mitte der sechziger Jahre ermuntert.

Diese humanistische Variante der technischen Zivilisation wurde im August 1968 durch Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten gestoppt, aber sie hat dennoch wichtige Wurzeln getrieben. Heute scheint es so, als ob sie in der sowjetischen Reformpolitik seit Ende 1982 neue Blüten treibe.

6 Marx, K., Grundrisse, Berlin 1953.

7 Materialien zum 14. Parteitag der KP-Tsch, Prag 1968.

Die Neubestimmung des Fortschritts

Die „Grenzen des Wachstums“ und der Richa-Report sind die bisher wohl weitreichendsten theoretischen Herausforderungen an das Selbstverständnis kapitalistischer und sozialistischer Industriesysteme. Das technisch-wissenschaftliche Fortschrittsverständnis wird nachhaltig in Frage gestellt. Damit verliert auch ein Kernpunkt in der bisherigen Programmatik der Arbeiterbewegung seine Bindungskraft: Gegründet auf die positiven Hoffnungen einer raschen Entwicklung der Produktivkräfte zur Beseitigung von Not und Elend durch eine gewaltige Zunahme des ökonomischen Reichtums und zur Entwicklung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse war ein Fortschrittsmodell entstanden, das technischen mit sozialem Fortschritt gleichsetzte. Es zog seine Dynamik aus den potentiellen Chancen des wirtschaftlichen Wachstums, die in die Zukunft hochgerechnet wurden und mit deren Zielprojektion sich weitgehende Hoffnungen auf eine grundlegende Verbesserung der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Lage der Menschheit verknüpften. Dieser Fortschrittsgedanke schuf - individuell und kollektiv - Sicherheit, er schien geradezu eine Selbstbewegung der Menschheit nach „vorn“ zu garantieren, beispielhaft eingefangen in dem Leitwort „Mit uns zieht die neue Zeit“.

In ihrem Kampf um die Durchsetzung sozialer Emanzipation stützte sich die deutsche Arbeiterbewegung bis ins 20. Jahrhundert weitgehend auf eine vulgarisierte Variante der Marxschen Gesellschaftsanalyse und ihrer Kritik der politischen Ökonomie. Die von Karl Marx im „Kapital“ formulierten Bewegungsprinzipien des Kapitalismus wurden zu einem Entwicklungskonzept verdichtet, in dem die Produktionsverhältnisse durch die revolutionierende Kraft der technischen Produktivkräfte quasi unvermeidlich und naturgesetzlich auf einen Zusammenbruch zutrieben. Die Rolle der Arbeiterbewegung bestand vor allem darin, Geburtshelfer für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung zu sein. Dieser „Fortschritts-Determinismus“ entwickelte eine enorme Wirkung auf Bewußtsein, Identität und Motivation der Arbeiterbewegung. Elend und Rechtlosigkeit konnten als vorübergehend begriffen werden. In dem Maße, wie Wissenschaft und Technik sich beschleunigten, schien das Ende überholter gesellschaftlicher Verhältnisse in greifbare Nähe gerückt. Daraus resultierte eine nahezu uneingeschränkte Bejahung des technisch-industriellen Wachstums. Mit einer Gesellschaftstheorie, die die quantitativ immer größer werdende Klasse der Lohnarbeiter auf der Seite objektiver wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Gesetzmäßigkeiten sah, breitete sich das „moderne“ Bewußtsein aus, sich auf dem Weg in eine Gesellschaft zu befinden, in der soziale Nöte und politische Unterdrückung endgültig überwunden sind.

Dieser *Fortschrittsoptimismus*, der sich noch im Godesberger Programm der SPD von 1959 deutlich widerspiegelt, zerbrach Ende der siebziger Jahre. Die Anzeichen einer umfassenden ökologischen und ökonomischen Krise wurden unübersehbar. Das traditionelle Fortschrittsverständnis und das damit verbundene gesellschaftliche Entwicklungsmodell stießen an Grenzen. Die SPD

jedoch war, eingebunden in die Zwänge des Regierungserhalts, zu einer programmatischen Erneuerung nicht fähig. Die sozial-liberale Koalition ging nicht zuletzt deshalb zu Ende, weil die SPD als führende Regierungspartei ihr reformerisches Entwicklungsmodell nicht modernisieren und den veränderten Herausforderungen anpassen konnte.

Das wechselnde Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

Die Erkenntnis von den ökologischen Grenzen des Wachstums, die neuen Risiken der „Dritten Phase der industriellen Revolution“ und die Rückkehr ökonomischer Krisenhaftigkeit haben das bisherige Verständnis von Fortschritt, das auch die Grundlage der sozialstaatlichen Reformkonzeption der sechziger und siebziger Jahre war, nachhaltig erschüttert. Dies läßt sich am Verhältnis von Ökonomie und Ökologie beispielhaft aufzeigen. Bis vor wenigen Jahren wurden Umwelt und Natur als „freies Gut“ verstanden, dessen Nutzung nicht bezahlt werden mußte und das - zumindest theoretisch - in unbegrenzter Menge zur Verfügung stand. Natur wurde nicht als ein begrenzender Faktor für die Produktion gesehen; in der wirtschaftspolitischen Debatte war Umweltschutz bis in die achtziger Jahre ein Randthema.

Die „Grenzen des Wachstums“ versuchten 1972 erstmals, mit der Technik der Modellbildung globale Trends der weltweiten Entwicklung aufzuzeigen und zu analysieren. Damit wurden Abschätzungen ermöglicht, wie sich bei einer Fortsetzung der ökonomischen Wachstumsdynamik die ökologischen und ökonomischen Faktoren verschieben könnten. Als Ergebnis stellte sich heraus, daß die Grenzen der natürlichen Ressourcen - seien es Mineralien, fossile Brennstoffe oder die begrenzten Möglichkeiten bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln für eine wachsende Weltbevölkerung - ohne ein konsequentes Umsteuern gegen die derzeitigen Entwicklungstrends unvermeidlich in eine weltweite Katastrophe führen würde. Die öffentliche Debatte mündete in einer breiten Übereinstimmung, daß Umweltschonung und Umweltschutz höhere Priorität erhalten müßten - ebenso wie eine weltweite Bevölkerungsplanung. Dies spiegelt sich auch im Abschlußdokument der 1975 in Helsinki abgehaltenen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wider. Es fordert eine intensive internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Allerdings fand diese Passage in der praktischen Politik kaum Beachtung - noch weniger das Fazit im Bericht an den „Club of Rome“ selbst, wonach die Industriestaaten zugunsten der Umwelt auf einen Teil des jährlichen Wohlstandswachstums verzichten sollten. Neue Einsichten wurden mit Wirtschaftskrise, Wachstumsschwäche und steigenden Arbeitslosenzahlen wieder verdrängt. Der Umweltschutz wurde der traditionellen Wachstums- und Beschäftigungspolitik untergeordnet. Umweltpolitiker konnten sich damals nicht mit dem Argument durchsetzen, daß ökologische und wirtschaftliche Ziele durchaus vereinbar seien, ja sogar beträchtliche Innovations- und Zukunftschancen eröffneten. Die Forderung nach einer ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft fand erst nach 1983 Eingang in die program-

matischen Konzepte von SPD und Gewerkschaften. Dies gilt insbesondere für das Investitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“.

In der Praxis konnten sich solche Konzepte bislang jedoch nicht durchsetzen: Unzureichende Umweltschutzvorschriften, insbesondere seit der Bonner Wende (zu nennen sind beispielsweise die „Technische Anleitung [TA] Luft, Bodenschutzgesetze, Agrarpolitik, Energiepolitik) sowie Investitionsförderung nach der These „Umweltschutz kostet Geld; wer Umweltschutz will, muß die Gewinne fördern“ bestimmten die praktische Politik der konservativen Bundesregierung. Bis Mitte der achtziger Jahre sollte das Prädikat „Öko-Spinner“ (zum Beispiel für die umweltpolitisch Aktiven in Bürgerinitiativen, in der SPD und bei den Grünen) eine fast ebenso diskriminierende Wirkung haben wie die Bezeichnung „Kommunist“ an die Adresse aller Reformkräfte bis heute.

„Ökologie ohne Ökonomie ist nicht möglich“, hieß die Maxime des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, während gleichzeitig die volkswirtschaftlichen Verluste durch Umweltschäden in einem rasanten Tempo wachen und die Ausgaben für Umweltschutz im Vergleich dazu lächerlich gering bleiben.

Die umweltpolitische Selbstgefälligkeit ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem sich das Waldsterben binnen kurzer Zeit (1982 bis 1986) von 8 auf rund 60 Prozent Schadensfläche erhöhte und nicht mehr aus dem Bewußtsein der Bevölkerung zu verdrängen war. Friedrich Zimmermann reagierte auf das Waldsterben als zuständiger Fachminister ebenso wie später der erste Umweltminister Wallmann auf das Reaktorunglück von Tschernobyl und der heute amtierende Minister Klaus Töpfer auf fortgesetzte Umweltskandale: mit administrativer Geschäftigkeit und folgenlosen Ankündigungen, die Handeln vortäuschen sollen. Symbolische Aktivitäten werden zum Politikersatz; Geschäftigkeit vermittelt den Eindruck tatkräftigen Handelns einer besorgten Regierung. Meist ist dies jedoch schon alles und letztlich nur die hohe Schule in der Kunst, einen Ballon lautstark aufsteigen und dann leise platzen zu lassen. Die Beispiele sind zahlreich: Abfallgesetz oder „schadstoffarmes“ Auto, „freiwillige“ Vereinbarungen mit der chemischen Industrie oder „Entflechtung“ der Nuklearindustrie. Meist handelt es sich um Kosmetik, um weniger als möglich und erst recht als notwendig ist. „Tatenlos nein - folgenlos ja“ könnte als Motto über vielen umweltpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung stehen.

Neue Globalgefahren

Im deutlichen Gegensatz zu der skizzierten Beschwichtigungspolitik steht die Zuspitzung neuer weltweiter Umweltgefahren. Vor allem sind heute zu nennen:

- die Auswirkung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) auf die Erdatmosphäre und
- die weltweite Klimaveränderung durch die Erwärmung der Erde und die Freisetzung von klimaverändernden Spurengasen („Treibhauseffekt“).

Die ständige Ausbreitung des Ozonlochs im südpolaren Frühling und die dramatischen Tendenzen einer weltweiten Klimaveränderung konfrontieren die Menschheit mit der Gefahr neuartiger, globaler Umweltkrisen. Prognosen und Modellrechnungen lassen befürchten, daß diese Umweltkrisen mit der bisherigen Praxis punktueller Korrekturen der technisch-ökonomischen Entwicklung und im politischen Handlungssystem nicht mehr zu verhindern sind. Die zu erwartenden Schäden lassen eine bisher unbekannte zeitliche und räumliche Dimension erkennen, die das Wald- und Baumsterben weit in den Schatten stellt. Es besteht nicht zuletzt wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen den Ursachen und dem Sichtbarwerden der Wirkungen die Gefahr irreversibler Schäden für das gesamte Ökosystem.

Viele der Gefahren, die aus dieser Entwicklung resultieren, lassen sich nur modelltheoretisch abschätzen. So könnten beispielsweise fruchtbare Flußmündungen überflutet werden (Bangladesch, Ägypten); Trockenzonen im nördlichen Afrika, in Zentralasien, in den südlichen Gebieten der USA könnten um Hunderte von Kilometern nach Norden wandern; fruchtbare Landwirtschaftsregionen könnten sich in subtropische Feuchtgebiete verwandeln; die Niederschläge in den feuchten Tropen könnten sich weiter erhöhen, wodurch gleichzeitig die Regenmenge in den deutlich dichter besiedelten und landwirtschaftlich genutzten wechselfeuchten Außertropen reduziert würde. Ein weltweiter Anstieg des Meeresspiegels würde zudem Küstenzonen und ganze Inselgruppen überfluten und von der Landkarte verschwinden lassen.

Diese globalen Umweltgefahren stellen die Menschheit vor die bisher größten umweltpolitischen Herausforderungen. Dringend sind konsequente Vorsorgemaßnahmen erforderlich, vor allem in den Bereichen:

- Chemiewirtschaft (Verminderung der „Chemisierung“ und speziell von Spurengasemissionen),
- Energiepolitik (Schluß mit der Verschwendungswirtschaft in allen Bereichen des Energieeinsatzes),
- Landwirtschaftspolitik (Verringerung von Düngemittel- und Pestizideinsatz, keine Agrarfabriken) und
- Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Entwicklungspolitik zur Durchsetzung einer neuen, gerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung und einer umweltverträglichen Entwicklung.⁸

Die Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie

Heute nutzt rund ein Viertel der Weltbevölkerung aus den industriellen Kernländern ungefähr 80 Prozent des weltweiten Energie- und Rohstoffverbrauchs. Dagegen steht eine große Unterversorgung der Entwicklungs- und Schwellenländer an Gütern und Dienstleistungen. Diese Ausgangssituation macht globale Reduzierungsstrategien überaus schwierig. Auch wenn die Industrieländer ihren Rohstoff- und Energieeinsatz erheblich verringern können, steht dagegen noch immer der berechnete Anspruch von drei Vier-

⁸ Müller, M., „Ozonloch“ und „Treibhauseffekt“, Bonn 1988.

teln der Menschheit nach besserer Versorgung und Entwicklung. Dies erfordert eine doppelte Anstrengung: zum einen muß der Natur- und Umweltverbrauch in den Industrieländern drastisch verringert werden, zum anderen sind Entwicklungsstrategien notwendig, die auf umweltverträgliche Techniksysteme und ökologisch angepaßte Wirtschaftsweisen abzielen. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den Industrieländern, die nicht nur die größten Umweltschäden verursachen, sondern auch über einen „ökologischen Kolonialismus“ des weltwirtschaftlichen Finanz- und Industriesystems einen beträchtlichen Anteil an den Zerstörungen der südlichen Erdhalbkugel haben.⁹

Es kann demnach realistisch nicht darum gehen, die völlige Unverletzlichkeit der Umweltgüter zu fordern. Jede Form von ökonomischem Handeln wird weiterhin Natur und Rohstoffe in Anspruch nehmen. Es kommt vielmehr auf eine umweltverträgliche Inanspruchnahme der Rohstoffe und auf eine Sicherung des ökologischen Gleichgewichts an. Dazu ist eine neue Art des Umgangs mit der Umwelt notwendig: zur Umweltsanierung und zum sparsamen Rohstoffverbrauch gehört vor allem der Umbau der Wirtschaft, der Ausbau „ökologischer Bürgerrechte“ und die Durchsetzung einer vorausschauenden, langfristig angelegten Umweltvorsorge. Dafür ist auch die bisherige Vorbild- und Expertenfunktion der Industriestaaten für die Entwicklungsländer nachdrücklich in Frage zu stellen. Andernfalls ist zu befürchten, daß der Menschheit in den nächsten Jahren so manche Umweltrechnung präsentiert wird, die sie nicht mehr bezahlen kann.

Reparaturbetrieb - diese Charakterisierung trifft auf die Umweltpolitik nach wie vor zu. Sie verfolgt eine nachsorgende Konzeption, was heißt: Die Beseitigung oder Verminderung bereits eingetretener Schäden steht im Mittelpunkt, nicht jedoch ihre Vermeidung oder die Erneuerung ökologischer Systeme. Natur darf nicht länger als „freies Gut“ betrachtet werden, sondern muß als knappe, nicht oder nur sehr langwierig vermehrbare Ressource geschützt und als ökonomisch wertvoll in die Preisbildung einbezogen werden. Umwelt als knappes Gut vor maßlosem Verbrauch zu schützen, erfordert die Integration des Umweltschutzes in die ökonomischen Prozesse.

Die Möglichkeiten hierzu sind vielfältig: Sie reichen von Auflagen, Abgaben und harten Rahmensetzungen über eine veränderte Steuerpolitik bis hin zu ehrgeizigen Qualitätszielen und die Internalisierung der volkswirtschaftlichen Kosten des Umweltverbrauchs in die einzelbetriebliche Rechnung. Dazu gilt es, die heutigen, allein preisbezogenen Rechnungsgrößen in der Volks- und Betriebswirtschaft durch neue gesellschaftliche Wertrechnungen zu ergänzen („Bericht zur Lage der Natur“, Indikatorenrechnung, Öko-Bilanzen etc.).

Diese Forderung steht in einem engen politischen Wechselverhältnis mit einer qualitativen Wachstumspolitik, die zugleich zu mehr Beschäftigung

⁹ Hauff, V., Unsere gemeinsame Zukunft - Der Brundtland-Bericht, Greven 1987.

durch die Mobilisierung ökologischer Nachfrage und zur Nutzung reichhaltig vorhandener, aber nur unzureichend genutzter Finanzen führen soll.

Und nicht zuletzt ist es auch erforderlich, in Teilbereichen die Industrialisierungsdynamik im Interesse der Ökologie abzubremesen. So sind durch normative Rechtsetzungen (beispielsweise Eingriffsverbote) dort Schutzzonen der Natur zu sichern, wo ökonomisches Handeln ausgeschlossen werden sollte (Schutzgebiete, Biotopnetze etc).

Eine derart tiefgreifende Reform wird sich kurzfristig nicht verwirklichen lassen, so daß zumindest eine Zwischenphase der „sanierenden Umstellung“ angestrebt werden muß. Umweltschutz darf dazu kein isoliertes Politikfeld mehr sein, sondern wird zu einem zentralen Ansatzpunkt und zur Zielbestimmung künftiger Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Der Richta-Report und der „Club of Rome“ stellen uns die alte Frage des Humanismus: „Was braucht der Mensch?“ Wer die Frage heute beantworten will, kann sich am Begriff der Lebensqualität nicht vorbeimogeln. Lebensqualität heißt aber mehr als Lebensstandard, mehr als ökonomisch meßbare Besitzgröße. Zur Lebensqualität gehört neben der Sicherung der sozialen Existenz und dem Recht auf persönliche Entfaltung auch die Bewahrung von Natur und Umwelt. In diese Richtung zielen eine höhere Gebrauchswertorientierung, die Berücksichtigung des sozialen Nettonutzens und die Integration ökologischer Zielsetzungen in die Verbraucher- und Wirtschaftspolitik sowie die Verwirklichung ökologischer Bürgerrechte (Akteneinsichtsrecht, Verbandsklage, öffentliche Umweltverträglichkeitsprüfungen etc.). Dieser Umbau ist nur im Prozeß einer breiten gesellschaftlichen Reformbewegung zu erreichen.

Reformpolitik verlangt heute Befreiung des Menschen *und* der Natur aus den kommerziellen Zwängen einer verengten Verwertungslogik, die sich krebsartig wuchernd über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgebreitet hat.

Zu warnen ist aber vor einer quasi naturgesetzlich betrachteten Entwicklungschance neuer Umweltschutztechniken: Wer Technik, die angesichts der *Verwissenschaftlichung der Industrie* und der *Industrialisierung der Wissenschaft*¹⁰ eine immer größere Bedeutung annimmt und alle Lebensbereiche durchdringt, nicht als gesellschaftlich zu gestaltende Aufgabe ansieht, sondern als eine eigengesetzlich entwickelte Determinante, der wird zur Umsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht fähig sein. Die Zusammenführung der sozialen mit der ökologischen Verträglichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Herausforderung seit zwanzig Jahren. Sie einzulösen, ist eine überfällige Aufgabe. Und dazu ist eine Politik der Demokratisierung und der umweltverträglichen Gestaltung der Wirtschaft unverzichtbar.

10 Hack, L., Vor Vollendung der Tatsachen, Frankfurt 1988.